

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/97

Bad Godesberg, den 26. Mai 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
-----		-----
	Die EWG braucht England	48

Das Beitritts-gesuch Großbritanniens und die Interessen der BRD
Von Frank Sommer, Sprecher des Vorstandes der SPD

2 - 3	Niedersachsen	98
-------	---------------	----

Sachlichkeit bestimmt den Wahlkampf
Von Klaus Rusticus, Hannover

4 - 5	Sozialdemokratie und populorum progressio	79
-------	---	----

Eine bemerkenswerte Begegnung in Bergneustadt
Um Frieden zu finden, müssen Konventionen abgeräumt werden
Von Dr. Heinz Kornetzki

6	Lopez kämpft in Vietnam	42
---	-------------------------	----

Für 1 000 "Greenbacks" im Monat
Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

Die EWG braucht England

Das Beitritts-gesuch Großbritanniens und die Interessen der BRD

Von Frank Sommer, Sprecher des Vorstandes der SPD

Die Diskussion darüber, ob die zahlreichen Einwände, die General de Gaulle auf seiner letzten Pressekonferenz vorbrachte, nicht doch einem französischen Veto gegen den EWG-Beitritt Großbritanniens gleichkämen, ist nicht mehr verstimmt. Sicher wird die deutsche Politik diese französischen Einwände und Vorbehalte sorgfältig prüfen und abwägen müssen. In der nun beginnenden Runde der Gespräche und Verhandlungen, die dem offiziellen Beitrittsersuchen Großbritanniens folgen werden, müssen sie gründlich untersucht und durchleuchtet werden.

- * Es besteht jedoch keinerlei Anlaß, die Position eines der sechs
- * Partner der EWG zur Grundlage der Politik der fünf anderen zu machen.
- * chen.

Frankreich hat seine Position deutlich gemacht; sie wird durch seine Interessen bestimmt. Die Bundesrepublik Deutschland hat ihre Interessen wahrzunehmen und eine diesen Interessen entsprechende Position einzunehmen. Diesen deutschen Interessen entspricht es, daß England Mitglied der EWG wird - und zwar auf der Grundlage der Römischen Verträge und der nach diesen Verträgen eingetretenen Fortentwicklung der Gemeinschaft. Genau dies ist der britische Wunsch.

Die Bundesregierung und insbesondere ihr Außenminister, Vizekanzler Willy Brandt, haben nie einen Zweifel daran gelassen, daß die Interessen der Bundesrepublik eine "Politik der offenen Tür" in Europa verlangen. Das heißt, es muß Großbritannien und anderen Staaten der EFTA möglich sein, zu angemessenen Bedingungen Mitglied der EWG zu werden. Mit dieser ihrer Politik befindet sich die Bundesregierung Übrigens in voller Übereinstimmung mit der Präambel des EWG-Vertrages, wonach durch den Vertrag "die Grundlagen für einen immer enger werdenden Zusammenschluß der europäischen Völker geschaffen werden sollen".

Schon ein Blick in die Außenhandelsbilanz der Bundesrepublik zeigt, wie schwergewichtig das deutsche Interesse an einem EWG-Beitritt Englands und anderer Länder der EFTA ist: Im Jahre 1966 belief sich der Handelsbilanzüberschuß der Bundesrepublik mit den EFTA-Staaten auf rund sieben Milliarden DM. Im selben Jahr betrug der g e s a m t e Handelsbilanzüberschuß der Bundesrepublik 7,9 Milliarden DM. Schon dieser Zahlenvergleich macht deutlich, welche große Bedeutung der Handel der Bundesrepublik mit der EFTA für unsere Wirtschaft hat. Schon aus diesem Grund muß die BRD alles tun um zu verhindern, daß es in Europa zu einer "ökonomischen Grabenbildung" kommt.

Es gibt aber noch andere Gründe: Ein solcher Beitritt würde zweifellos die europäischen Bemühungen um wissenschaftlichen und technologischen Fortschritt bedeutend stärken. Wenn es Europa nicht gelingt, seinen beträchtlichen technologischen Rückstand gegenüber den Großmächten (insbesondere auf den Gebieten der friedlichen Atomnutzung, der Computer-Industrie, der Raumfahrt und der Luftfahrt) aufzuholen, wird es immer mehr in die ökonomische Abhängigkeit der Großmächte geraten. Ökonomische Abhängigkeit aber bedeutet zugleich politische Abhängigkeit.

Wer daher ein starkes, aktionsfähiges Europa will, der muß die Zusammenfassung aller Kräfte in diesem Europa fördern, muß Gemeinsames betonen anstatt nach Trennendem zu suchen.

Niedersachsen

Sachlichkeit bestimmt den Wahlkampf

Von Klaus Rusticus, Hannover

Die am 4. Juni 1967 stattfindende niedersächsischen Landtagswahl ist die dritte Wahl nach Bildung der Großen Koalition in Bonn. In Hannover eilte man allerdings den "Bonner Ereignissen" schon zwei Jahre früher voraus. Bestimmt von norddeutscher Beharrlichkeit und erfüllt von politischer Verantwortung kehrten sich die niedersächsischen Sozialdemokraten 1965 kurzweg von der Koalition mit der FDP ab und bildeten mit der CDU die erste Große Koalition in einem deutschen Bundesland seit langem.

Das löste weder auf der einen noch auf der anderen Seite überall spontane Zustimmung aus, und schienen anfänglich Kreisverbände beider Parteien resignierend abwarten zu wollen, so regierten die Niedersachsen den Bonner Parteifreunden sozusagen etwa zwei Jahre lang etwas vor: Die Sachlichkeit; mit der Sozialdemokraten und Christliche Demokraten in die niedersächsische Regierungsverantwortung gingen; bestimmt im allgemeinen das weitere landespolitische Geschehen.

Die SPD legte die Landespolitik fest

Seitdem Landesvater Hinrich-Wilhelm Kopf, der verstorbene Ministerpräsident, schon bald nach dem Kriege seinen Plan durchsetzte, aus den einstigen Ländern Braunschweig, Hannover, Oldenburg und Schaumburg-Lippe das heutige Land Niedersachsen zu konstituieren, legte eine sozialdemokratische Regierungsmannschaft die Politik des über 47 000 Quadratkilometer großen Bundeslandes fest. Die niedersächsischen Wähler honorierten das von Wahl zu Wahl mit steigendem Vertrauen, obwohl es in Niedersachsen nur sechs kreisfreie Städte über 100.000 Einwohner gibt. Über 60 Prozent des Landes wird agrarwirtschaftlich genutzt, und insofern bewiesen die niedersächsischen Sozialdemokraten vor allem auch, daß sie durchaus prädestiniert sind, ein Bauernland zu regieren.

Acht Parteien stellen sich zur Wahl

Von den acht Parteien, die sich am 4. Juni zur Wahl stellen haben lediglich SPD, CDU, FDP, DFU und NPD in allen Wahlkreisen Direktkandidaten aufgestellt. Der Wahlkampf selbst dauert eigentlich nur drei Wochen, wenn man von bereits vorher angelaufenen Vorbereitungen und Versammlungen meist auf dem flachen Lande absieht. SPD-Vorsitzender und Außenminister Willy Brandt leitete am 20. Mai in Hannover auf dem niedersächsischen Landesparteitag der SPD das "Wahlrennen" ein, das aber in Niedersachsen kaum hektisch durchgepeitscht werden dürfte.

"Aufwärts mit Dr. Diederichs!" - so lautet das Hauptmotto der SPD. Ministerpräsident Dr. rer. pol. Georg Diederichs ist ein populärer Mann mit Witz, Humor und Einfallsreichtum in einer Person. Er hat sich als ein würdiger Nachfolger des unvergessenen Hinrich-Wilhelm Kopf erwiesen. Seine sozialdemokratischen Ministerkollegen sind erprobte Politiker. Innenminister Otto Bennemann ist es im wesentlichen zu verdanken, daß zum Beispiel der kommunale Finanzausgleich von

100 Millionen DM im Jahre 1959 auf 600 Millionen DM im Jahre 1966 erhöht wurde. Die Gemeinden zu stützen, wie es dem Lande trotz seiner finanziellen Sorgen möglich war und ist, war schon immer sein ganzes Bestreben.

Mit ihm an einem Strick zog dabei vorbehaltlos der sozialdemokratische Finanzminister Alfred Kubel, dessen Einsatz es z.B. zu verdanken ist, daß die allgemeinen Finanzausweisungen und Zweckausweisungen des Landes an die Gemeinden im Haushaltsplan 1967 mit 1 028 Millionen DM (gleich 18,3 Prozent des ordentlichen Haushalts) veranschlagt sind. Kubel war übrigens - bis zur Bildung der Großen Koalition - der einzige westdeutsche Landwirtschaftsminister aus den Reihen der SPD.

Wurde ihm anfänglich von der "Grünen Front" mehr Skepsis als Vertrauen entgegengebracht, entfaltete er daraufhin beispielhafte agrarpolitische Initiative, die von seinem Nachfolger aus den Reihen der CDU auch fortgesetzt wird. So erhielten über den Stufeninvestitionsplan in Niedersachsen rund 2 500 landwirtschaftliche Betriebe eine entscheidende Anpassungshilfe. Das Kreditvolumen belief sich dabei auf ca. 125 Millionen DM.

Moderne Sozialpolitik durch Kurt Partzsch

Niedersachsens besondere Problematik drückt Sozialminister Kurt Partzsch mit wenigen Zahlen aus: "Längs einer Zonengrenze von 544 km stieg die Bevölkerung unseres Landes von 4,54 Millionen im Jahre 1939 auf 6,8 Millionen Menschen.

Durch den Krieg wurde der Wohnungsbestand um 175 000 Wohneinheiten vermindert. Niedersachsen hatte damit das verhältnismäßig höchste Wohnungsdefizit unter allen Bundesländern. Seit 1945 entstanden in Niedersachsen ca. eine Million neuer Wohnungen, davon wurden mehr als die Hälfte öffentlich gefördert. Von den noch fehlenden 300 000 Wohnungen bedürfen nach den Worten des Sozialministers noch rund 100 000 der öffentlichen Förderung.

Schließlich war es auch der niedersächsische Minister für Bundesangelegenheiten, Vertriebene und Flüchtlinge, Maria Meyer-Sevenich (SPD), der sich der besonderen Problematik dieser Menschen zielstrebig annahm und hierfür auch erst jüngst wieder uneingeschränkte Anerkennung des niedersächsischen Bundes der Vertriebenen erfuhr.

Was nach 1945 in dem heute noch mit vielen Sorgen und Problemen behafteten Niedersachsen erreicht wurde, ist in erster Linie auf eine sozialdemokratische Landespolitik zurückzuführen. Sie fand in den letzten zwei Jahren in der Großen Koalition eine Fortsetzung.

In der Sachlichkeit liegt die Stärke

Nach nunmehr zweijähriger - kaum zu Reibungen Anlaß gegebene - Regierungspraxis stellt sich in Niedersachsen die Große Koalition im wahrsten Sinne des Wortes zur Wahl. Die von Sachlichkeit bestimmte Regierungspraxis spiegelt sich auch im nunmehr etwas lebendiger gewordenen Wahlkampf wieder: SPD und CDU verzichten im allgemeinen auf gegenseitige Polemik und konzentrieren sich darauf, den Wählern die Erfolge der Landespolitik vor Augen zu führen. Sachlichkeit ist im niedersächsischen Wahlkampf Trumpf. Das Positive findet seinen Niederschlag in den wichtigsten Wahllogans der großen Parteien. Das Motto: "Aufwärts mit Dr. Diederichs" erfährt eigentlich für die SPD eine Fortsetzung im Hauptlogan der CDU: "Erfolgreich für alle!" Und selbst der sogenannte "Langeheine-Plan" (nach dem stellvertretenden CDU-Ministerpräsidenten) ist nicht etwa eine Umkehr vom bisherigen landespolitischen Konzept, das einwandfrei von Sozialdemokraten geprägt worden ist.

Sozialdemokratie und populorum progressio

Eine bemerkenswerte Begegnung in Bergneustadt

Von Dr. Heinz Kornetzki

Das Haus der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bergneustadt, das sich Entwicklungshilfe im Ebertschen Geist angelegen sein läßt, war in diesen Tagen Ort einer bemerkenswerten Begegnung: Profilierte Sprecher von Katholizismus, Protestantismus und Sozialdemokratie diskutierten über populorum progressio. Die von Papst Paul VI. am 26. März 1967 vorgelegte Sozial-Enzyklika gehört mit mater et magistra und pacem in terris zu jenen vatikanischen Dokumenten, die die johanneische Wende der Kirche eingeleitet haben, jene Wende vom immobilen Katholizismus des 19. Jahrhunderts zur ecclesia semper reformanda.

Es mag an den geradezu sozial-revolutionären Akzenten und den deutlichen Hieben gegen die Profitgesellschaft liegen, daß die politische Rechte auch in Deutschland die Enzyklika lediglich zur Kenntnis nahm und ihr weit weniger Kommentare widmete als früheren Wahl-Hirtenbriefen zugunsten der Unionsparteien. Die Ursache solcher Ignoranz ist offenkundig: Man konstatierte mit Unbehagen, daß sich der vom bundesdeutschen Rechtskatholizismus zwar vielbesungene, aber im Grunde unerwünschte "Brückenbau" zwischen Kirche und Sozialdemokratie über so manche katholischen Querköpfe christdemokratischer Profilierung hinweg vollzog. Die sozialistischen Elemente der neuen Enzyklika scheinen unverkerntbar.

In Bergneustadt wurde an die Tradition der Gespräche zwischen Christentum und Sozialdemokratie angeknüpft, die zwischen 1918 und 1933 gäbe und gäbe waren. Erinnerung sei an die Namen Paul Tillich, Carl Meunier, Hendrik de Man, an die Theologieprofessoren Wunsch-Marburg und Emil Fuchs, an Georg Beyer (er schrieb das beachtliche Buch "Katholizismus und Sozialismus"), Walter Dirks, Heinrich Mertens ("Rotes Blatt der katholischen Sozialisten"), an Ernst Michael und Karl Math (Hochland). Sie alle haben ihren Teil dazu beigetragen, Vorurteile abzutragen, Mauern einzureißen. Noch nach der Katastrophe von 1945 hatten sich Christentum und Sozialdemokratie sehr nahe gefühlt. Dirks: "Beide hatten die Verfolgung durch die Diktatur der Unmenschlichkeit überlebt, bestärkt in ihrem Kern und in ihrer Zukunftssicherheit, geschwächt durch den Tod oder die Emigration wertvoller Menschen." Als sich das Leben in der Bundesrepublik normalisiert hatte, stellten sich die alten Fronten wieder her.

In der Münchner Katholischen Akademie kam es unter der Regie des jungen Monsignore Forster wieder zu neuen Kontakten. Auch die Theologen Nell-Breuning, Galli und Klüber gehören in die Reihe derer, die diesen Kontakten aufgeschlossen gegenüberstehen, die sie fördern. Doch trotz sensationeller Publikationen wie ein im Januar 1964 edierter Aufsatz Klübers - er ist Ordinarius für katholische Gesellschaftslehre in Regensburg - werden solche Gespräche vom CDU-Katholizismus noch immer isoliert. Klüber schrieb damals: "Ein Sozialismus, der sich von den Grundsätzen des Godesberger Programms leiten läßt, kann nicht mehr unter das Sozialismus-Modell der Enzyklika quadragesimo anno subsumiert und deshalb auch nicht ihrem Verdikt unterworfen werden, sondern steht in vollem Einklang mit den Prinzipien der katholischen Gesellschaftslehre."

In Bergneustadt wurde dieser Einklang über die professorale Analyse hinaus deutlich. Von weltanscheulichen Mauern trat nichts zutage. Das in populorum progressio aufgezeigte soziale Wunschbild der Kirche deckt sich mit dem der Sozialdemokraten. Was über Kolonialismus gesagt wird, über die Aufgaben der Gemeinschaft, über Eigentum, Kapitalismus, Arbeit und Solidarität zwischen den Völkern, das ist keine Alternative zum Godesberger Programm. Herbert Wehner nannte die Enzyklika einen "mächtigen moralischen Impuls". Hans-Jürgen Wischnowski (Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit), der Jesuit Oswald von Nell-Breuning (Frankfurt) und Joachim Beckmann, der Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland, waren gleicher Meinung. Und dieser Impuls aus dem Vatikan ist nicht etwa exklusiv für den Westen und klammert den Osten aus. Der Papst fordert "vollen Humanismus" für die ganze Menschheit und die Mobilisierung der Solidarität in allen Völkern. Es gilt, die Brüderlichkeit auch über unliebsame Grenzen und Demarkationslinien zu tragen.

Um den Frieden zu sichern und einen modus vivendi der Entspannung in der Welt zu finden, müssen Konventionen abgeräumt werden. Paul VI., der mit dieser Erkenntnis populorum progressio ins Werk setzte, fand dabei nicht die Zustimmung der Traditionalisten. Er sei "auf dem Wege zum Marxismus", hieß es. Und: "Gott rette den Papst vor dem Kommunismus." Bemerkenswerte Publizität: Weil Wehner einen fairen Ausgleich mit dem anderen Deutschland anstrebt ("wir müssen lernen, den Andersdenkenden zu respektieren") und sich mit Bekenntnissen dazu nicht begnügen will, offerieren ihn die gleichen Kreise als "trojanischen Kommunisten". Das Gespräch in Bergneustadt war keine Demonstration. Es gab keine Absprachen oder Rütli-Schwüre. Man traf sich und sprach miteinander. Und entdeckte Gemeinsamkeiten.

Lopez kämpft in Vietnam

Für 1 000 "Greenbacks" im Monat

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

Während Fidel Castros starke Sender pausenlos die Stimmung in Lateinamerika gegen die "Beteiligung am Vietnamkrieg" anheizen und in Peru drei in Vietnam gefallene junge Peruaner zur letzten Ruhe gebetet wurden, erklärte das Pentagon, die Vereinigten Staaten könnten unmöglich auf die etwa 80 000 bis 100 000 Portorikaner und Lateinamerikaner verzichten, die als Soldaten oder Zivilisten in Vietnam von den US-Streitkräften eingesetzt werden.

Wer die Gefallenenlisten und Stammrollen jener Soldaten durchblättert, die im Dschungel Südostasiens leben, wird häufig auf spanisch klingende Namen stoßen: Lopez, Rodriguez, Garcia, Gomez und Perez, nur um einige zu nennen.

Das Pentagon begehrt besonders Peruaner und Mexikaner, ohne zu verraten warum. Die Iberoamerikaner erscheinen der US Army besonders wertvoll, weil sie "von der Zivilisation wenig angekränkelt und noch naturverbunden jede Gefahr riechen. Außerdem können sich diese flinken und wendigen Jungen dem Dschungelkrieg leichter anpassen als unsere zwar kräftigen, aber nicht gerade übermäßig reaktions schnellen Boys", war von einem hochgestellten amerikanischen Militär zu erfahren.

Obwohl das Wehrpflichtgesetz jeden als "ansässigen Einwanderer" geltenden Ausländer erfaßt, können sich die US-Streitkräfte nicht über einen Mangel an lateinamerikanischen Freiwilligen beklagen. Zwar will Peru jetzt ebenfalls die im Lande wohnenden US-Amerikaner als Repressalie einziehen, doch werden die jungen US-Bürger beim peruanischen Kommiss nicht gerade verwöhnt. Die in den USA lebenden Lateinamerikaner hingegen verbessern mit dem Eintritt in die US Army oftmals entscheidend ihre Lebenslage, denn meist sind sie mit irdischen Glücksgütern nicht gesegnet und stehen auf den unteren Sprossen der sozialen Stufenleiter. Doch mit der Gefahrezulage im Einsatz kommen sie in Vietnam schon als gemeine Soldaten auf einen Monatssold von 1 000 Dollar, sowie eine Lebensversicherung von 40 000 Dollar, die sich bei ihrem Tode verdoppelt und ihren Angehörigen ein sorgenfreies Dasein ermöglicht.

Das sind imponierende Zahlen, vor allem für Iberoamerikaner, die zeit ihres Lebens so viel Geld noch nie auf einem einzigen Haufen gesehen haben. Es ist also nicht nur der Druck durch das Wehrpflichtgesetz, der junge Lateinamerikaner auf das südostasiatische Pulverfaß der Welt schleudert. Der materielle Anreiz spielt, so versichert wenigstens das Pentagon, eine erhebliche Rolle und bewegt manchen Senor Lopez dazu, seinen schlechtbezahlten Job als Straßenkehrer in Chicago oder Los Angeles an den Nagel zu hängen und dafür die olivgrüne Uniform der US Army anzuziehen.

+ + +